N I E D E R S C H R I F T

über die öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg am Freitag, 25. Juni 2010, 16:00 Uhr, im Sitzungssaal Barfüßerstraße 50, Erdgeschoss.

Anwesenheit:

SPD: Acker, Backes, Becker, Biebusch, Böttcher, Büchner, Daser, Dinnebier, Hebert-Henkel, Hussein, Löwer, Lotz-Halilovic, Mertins, Meyer, Dr. Musket, Seelig, Sell, Severin, Weidemann, Wölk

CDU: Ackermann, Gottschlich, Heck, Jannasch, Kaufmann, Kissel, Lohse, Mehnert, Oppermann, Pfalz, Dr. Röder, Röhrkohl, Sauer, Schaffner, Scherer, Stompfe, Vaupel, von Ploetz, Dr. Wulff

GRÜNE: Dr. Baumann, Busch, Dorn, Flohrschütz, Göttling, Köhler, Neuwohner, Dr. Perabo, Dr. Therre-Staal

Marburger Linke: Adsan, Prof. Dr. Fülberth-Sperling, Kolter, Schäfer,

FDP: Prof. Dr. Dingeldein, Schwebel, Sawalies

MBL: Ludwig, Dr. Uchtmann

Hauptamtlicher Magistrat:

Oberbürgermeister Vaupel
Bürgermeister Dr. Kahle
Stadträtin Dr. Weinbach

Ehrenamtlicher Magistrat:

Stadtrat Biver
Stadtrat Hertlein
Stadträtin Laßmann
Stadträtin Müller-Wickenhöfer
Stadtrat Rehlich
Stadtrat Reinhard
Stadträtin Dr. Sewering-Wollanek
Stadträtin Schulze-Stampe
Stadtrat Stötzel
Stadtrat Stürmer

Es fehlten entschuldigt:

Die Stadtverordneten Schäfer (B90/Die Grünen), Dr. Weber (Marburger Linke) und der ehrenamtliche Stadtrat Sprywald.

Schriftführer: Oberamtsrat Wagner

Protokoll:

zu 1 Eröffnung und Begrüßung der Anwesenden

Der Stadtverordnentenvorsteher Heinrich Löwer (SPD) eröffnet die Sitzung um 16:06 Uhr und begrüßt alle Anwesenden. Die form- und fristgerechte Ladung für die heutige Sitzung wird festgestellt. Das Haus beschlussfähig. Gegen diese Feststellung wird aus der Stadtverordnetenversammlung kein Einwand vorgetragen.

Der Stadtverordnete Helmut Hebert-Henkel (SPD) hat heute Geburtstag. Der Stadtverordnetenvorsteher gratuliert im Namen des gesamten Hauses und überreicht einen Blumenstrauß.

Ebenso übermittelt der Stadtverordnetenvorsteher dem erkrankten Stadtverordneten Wolfram Schäfer (Bündnis 90/Die Grünen) beste Genesungswünsche im Namen des gesamten Hauses.

---

zu 2 Genehmigung der Niederschrift

Die Niederschrift über die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 28. Mai 2010 ist allen Stadtverordneten mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen. Änderungswünsche zur ausgedruckten Fassung des Protokolls werden nicht vorgetragen. Somit gilt die Niederschrift als genehmigt.

---

zu 3 Ergänzungen der Tagesordnung

Der heutigen Tagesordnung liegt ein dringlicher Antrag vor:

Dringlicher Antrag Fraktion Marburger Linke betr. Neuer Botanischer Garten (VO/1294/2010)

Der Antrag liegt allen Stadtverordneten in gedruckter Fassung vor.

Die Stadtverordnete Adsan (Marburger Linke) begründet die Dringlichkeit zusätzlich mündlich. Gegen die Dringlichkeit spricht der Stadtverordnete Dr. Uchtmann (MBL). In der anschließenden Abstimmung unterstützen die Stadtverordneten der Marburger Linken und der CDU Fraktion die Dringlichkeit. Damit ist die von der Hessischen Gemeindeordnung geforderte 2/3 Mehrheit nicht erreicht. Die Vorlagen kann nicht in die Tagesordnung aufgenommen werden. Der Antrag liegt dieser Niederschrift als Anlage bei.

Der Stadtverordnetenvorsteher gibt einen Überblick über die angemeldeten Aussprachen und die von den Ausschüssen empfohlenen Zurückstellungen von Vorlagen. Wie im Ältestenrat vereinbart wird in der heutigen Sitzung nur eine

Aussprache zum Haushalt durchgeführt.

Weitere Änderungswünsche zur Tagesordnung werden nicht vorgetragen. Sie gilt somit in der vorliegenden Fassung als genehmigt.

---

zu 4 Fragestunde

---

zu 4.1 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Sonja Sell (Nr. 1 06/2010) Vorlage: VO/1323/2010

Wie ist der aktuelle Sachstand in Sachen Baugenehmigung Ockershäuser Allee 24? Liegt ein Bauantrag vor und wenn ja, welche Ämter und Gremien haben ihn inzwischen mit welchem Ergebnis beraten? Falls es tatsächlich einen genehmigten Bauantrag gibt: Wie ist dies vereinbar mit dem Stand Bauleitplanung, wonach gerade erst ein Aufstellungsbeschluss für diesen Bereich beschlossen wurde und die Offenlegung noch nicht erfolgt ist?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Es liegt dem Magistrat zurzeit kein Bauantrag für die Bebauung des Grundstücks Ockershäuser Allee 24 vor. Allerdings liegt dem Fachdienst Stadtplanung ein Vorentwurf für die Bebauung des Grundstücks vor, welcher dem Beirat für Stadtgestaltung und Denkmalbeirat zwischenzeitlich vorgestellt wurde.

Im Beirat für Stadtgestaltung wurde eine Überarbeitung des Vorentwurfs gefordert. Der Bebauungsvorschlag sieht eine deutlich weniger dichte Bebauung vor als der zurückgezogene Bauantrag, der Anlass für die Aufstellung eines Bebauungsplanes gewesen war. Bei positivem Beratungsergebnis im Beirat für Stadtgestaltung und Denkmalbeirat wäre eine Genehmigung nach § 34 Baugesetzbuch möglich. Vorher erhält der Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften Kenntnis von den Plänen.

---

zu 4.2 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Dr. Elke Therre-Staal (Nr. 2 06/2010) Vorlage: VO/1309/2010

Wieviel Personen sind 2008 und 2009 fest eingebunden mit dem Projekt „Raus ins Leben" im Rahmen des § 11 SGB XII und wieviel stehen derzeit im Vermittlungsprozess?

Es antwortet Stadträtin Dr. Weinbach:

Im Durchschnitt befanden sich 2008 und 2009 jeweils zwischen 40 - 50 Personen im Projekt „Raus ins Leben".

Da es sich bei dem Projekt um ein sehr niedrigschwelliges Angebot handelt und die Teilnahme zudem freiwillig ist, schwankt die Anzahl der aktiv Teilnehmenden zwischen 25 - 35. Die Teilnehmenden haben jederzeit die Möglichkeit zu pausieren (z.B. wegen gesundheitlichen Einschränkungen, Veränderung der Lebensumstände) oder wieder auszusteigen (z.B. nach der Erkenntnis, dass das Projekt doch nicht das Richtige für sie ist oder durch den Wechsel in ein anderes Fördersystem). Eine feste Anzahl an „Plätzen" gibt es ebenso wenig wie festgelegte Termine zum Teilnahmebeginn und Teilnahmeende. Ein Wiedereinstieg ist jederzeit möglich.

Aktuell (Juni 2010) nehmen 33 Personen aktiv an dem Projekt teil und 17 Personen haben ihre Teilnahme ruhend gestellt.

---

zu 4.3 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Dr. Elke Therre-Staal (Nr. 3 06/2010)
Vorlage: VO/1310/2010

Hat Herr Minister Banzer auf den Brief des Herrn Oberbürgermeisters Vaupel vom 4.5.2009 geantwortet und die Defizite in der Altenpolitik Marburgs benannt, die Herr Banzer öffentlich in der Presse angeprangert hatte? Und welche sollten das sein?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Minister Banzer hat auf den Brief des OB vom 4. Mai 2009 nicht geantwortet.

---

zu 4.4 Kleine Anfrage der Stadtverordnenten Dr. Christa Perabo (Nr. 4 06/2010)
Vorlage: VO/1311/2010

Kann der Magistrat Auskunft geben, wie und wann der Platz neben der Elisabethkirche (Nordseite) weiter gestaltet wird und welche Maßnahmen er ergreifen wird, um die Nutzung dieser Fläche als Parkplatz zu verhindern?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Gestaltung des Platzes:
Die Planung für den nördlichen Platzbereich (3. Bauabschnitt) sieht entsprechend der bereits realisierten Bauabschnitte einen durchgehenden Bodenbelag aus Sandsteinplatten vor. Die Mitte bildet ein Rasenpodest, das als Grünfläche, aber auch als Aufenthaltsfläche dienen soll, so dass an den Rändern Sitzgelegenheiten vorgesehen sind. Außerdem soll das Rasenpodest auch als Begräbnisplatz für die im Rahmen der Ausgrabungen freigelegten Bestattungen

dienen.
Die geschichtlichen Bezüge werden durch Bodenmarkierung aus Sandstein nachgezeichnet und erhalten zusätzliche grafische und textliche Erläuterungen.
Durch Hecken werden die fehlenden bzw. unattraktiven Raumkanten im Bereich des Restaurants „Mexicali" gefasst.
Die verbliebenen Bestandsbäume werden in die Planung integriert, zusätzlich wird ein neuer Baum unter Berücksichtigung der archäologischen Befunde vorgesehen. Für die Bäume sind großzügige Baumscheiben geplant, die bepflanzt werden.

Baubeginn:
Zurzeit werden die Bauleistungen ausgeschrieben. Ende Juli / Anfang August 2010 soll mit den Bauarbeiten begonnen werden.

Parken:
Mit dem Beginn der Bauarbeiten kann dieser Platzbereich nicht mehr als Parkplatz genutzt werden. Bis zur Fertigstellung der Fläche werden mit dem Eigentümer (Kirche) gezielt Vereinbarungen getroffen, um das Parken auf der fertigen Fläche zu verhindern, d.h. mit Pollern oder Absperrketten.
Die Gesamtplanung sieht am Firmaneiplatz/Deutschhausstraße Poller vor, damit das Umfeld der Elisabethkirche nicht als Parkplatz genutzt werden kann.

---

zu 4.5 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Prof. Dr. Georg Fülberth (Nr. 5 06/2010)
Vorlage: VO/1317/2010

Hat der Magistrat Kenntnisse darüber, wann im Anwesen „Bückingsgarten", für das die Universitätsstadt Marburg ein Vorkaufsrecht hat, der Restaurantbetrieb wieder aufgenommen wird und wer der/die neue Betreiber/in sein wird?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Der Restaurantbetrieb wird Anfang des Winters wieder aufgenommen werden.
Der Betrieb der Terrasse wird in den nächsten Tagen (ca. 2 Wochen) aufgenommen. Ein genaues Datum kann ich nicht nennen.
Der Betrieb des Bückingsgartens wird so weitergeführt, wie bisher auch bekannt war. In den nächsten Jahren ist noch mit einer Ausweitung des Außenbereiches zu rechnen, damit im Bereich des Schlosses für die Touristen ein herausragendes Angebot gewährleistet ist. Der Betreiber wird der Rosenpark sein.

---

zu 4.6 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Dr. Michael Weber (Nr. 6 06/2010)
Vorlage: VO/1324/2010

Welche Gesamtfläche nimmt die B 3 a inklusive all ihrer Zu- und Abfahrten

sowie sonstigen dazugehörigen Bauten (Lärmschutzwände, Seitenbefestigungen, usw.) im Marburger Stadtbereich (d. h. zwischen den begrenzenden Ortsschildern) genau ein?

Da der Fragesteller nicht anwesend ist, wird die Frage mit dem Protokoll beantwortet. Zuständiger Dezernent: Bürgermeister Dr. Kahle.

Die Gesamtfläche der B 3 a zwischen Gisselberg und Wehrda beträgt ca. 530.000 m². Diese Flächenangabe wurde aus dem GIS grafisch ermittelt und kann um einiges von der tatsächlichen Fläche abweichen, da nur eine Erfassung über das Kataster möglich war.
Eine genaue Ermittlung ist nur durch eine umfassende Vermessung möglich, die allerdings einen sehr hohen Zeit- und Personalaufwand erfordert.

---

zu 4.7 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Helmut Hebert-Henkel (Nr. 7 06/2010)
Vorlage: VO/1312/2010

In wie weit kann der Magistrat Einfluss auf die Zeitungsvermüllung in Marburg nehmen?
In Marburg entsteht ein hoher Verwaltungsaufwand, verbunden mit einem erheblichen Reinigungs- und Kostenaufwand, der durch das wilde Ablegen der kostenlosen Zeitungen z.B. Sonntags Morgen Magazin, MAZ, MEX vor den Haustüren anstelle des Einwurfs in die Briefkästen erfolgt.

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Es ist den mit dem Thema befassten Fachdiensten bekannt, dass in wenigen Einzelfällen kostenlosen Zeitungen nicht ordnungsgemäß in die Briefkästen eingeworfen werden, sondern vor den Häusern liegen und für Verunreinigungen sorgen.

Der Fachdienst „Ordnung" hat dazu bereits Gespräche mit den Herausgebern der verschiedenen kostenlosen Zeitungen und Informationsbroschüren geführt. Die Verlage sind sehr bemüht, dass es nicht zu Verschmutzungen kommt und reagieren sofort auf Beschwerden.

Darüber hinaus wurde auch der für die Ausführung der Reinigung zuständige DBM gebeten, sich sofort mit dem Fachdienst „Ordnung" in Verbindung zu setzen, wenn Verschmutzungen durch Zeitungen von den Mitarbeitern festgestellt werden.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Schwebel (FDP) und Dr. Uchtmann (MBL) werden ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

---

zu 4.8 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Helmut Hebert-Henkel (Nr. 8 06/2010)

Vorlage: VO/1325/2010

Was für ein Kostenaufwand entsteht durch das Unwetter vom 10/11.06.2010?
Durch welchen FB werden die Kosten gedeckt?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Der Kostenaufwand für die 52 Einsatzstellen der Feuerwehr Marburg kann aus den folgenden Gründen nur teilweise konkret beziffert werden und wird aus dem Produkt 337010 Gefahrenabwehr im Brandschutz gedeckt:

- Die notwendigen Fahrzeuge und technischen Geräte (z.B. Löschfahrzeug, Motorkettensägen, Wasserpumpen) sind im Rahmen der Grundausstattung der Feuerwehr vorhanden und werden bei Unwetterlagen eingesetzt. Eingesetzt wurden 15 Feuerwehrfahrzeuge. Investitionskosten entstehen erst bei einer Ersatzbeschaffung der Fahrzeuge und Geräte. Im Rahmen der Unwettereinsätze sind keine Fahrzeuge und Geräte ausgefallen oder untauglich geworden. Für die laufenden Betriebskosten der Fahrzeuge und Geräte (z. B. für Sprit, Ersatz von Ketten für die Motorsägen und Ersatzteilen für die Wasserpumpen) stehen Mittel im Ergebnishaushalt zur Verfügung. Für die 52 Einsätze können ca. 1.000 Euro an laufenden Betriebskosten (ohne Vorhaltekosten) für die Fahrzeuge und die genannten Geräte angerechnet werden.

- Die Personalkosten für das hauptberufliche Personal der Stadt Marburg können diesen Einsätzen nur bedingt direkt zugerechnet werden. Sie sind in der Zeit von 06.00 Uhr bis 18.00 Uhr für den Einsatzdienst fest eingeplant und waren am 11. Juni 2010 in dieser Zeit an 25 Einsatzstellen im Stadtgebiet von Marburg mit 9 Funktionen tätig (9 Funktionen x 12 Stunden = 108 Arbeitsstunden).

- Von rund 80 Einsätzkräften der Stadtteilfeuerwehren wurden in der Zeit von 01.15 Uhr bis 06.00 Uhr Unwetterschäden an rund 27 Einsatzstellen bearbeitet. Für diese Einsatzkräfte besteht der Anspruch auf Erstattung des Verdienstausfalls durch die Stadt Marburg. Bisher liegen dazu nur einzelne Anträge vor. Durch die Vorbereitungsarbeiten bei den jeweiligen Arbeitsgebern dauert die Beantragung des Verdienstausfalls erfahrungsgemäß immer einige Wochen. Berechnet man für 80 Einsatzkräfte eine Arbeitszeit von rund 4 Stunden im Durchschnitt, ergibt sich ein grundsätzlicher Anspruch auf Verdienstausfall für mindestens 320 Stunden (Hier sind Ruhezeiten für die Einsatzkräfte noch zu berücksichtigen). Die Höhe des Verdienstausfalls ist vom Einzelfall abhängig.

Der DBM kann noch keine definitive Aussage zum Kostenaufwand treffen, da noch viele diesbezüglich erteilte Aufträge in Arbeit sind. Die Arbeiten des DBM werden durch die beauftragenden Fachdienste bezahlt.

Die bisher festgestellten Schäden an Bäumen und Wald können noch nicht genau ermittelt werden, da es einige Wochen dauern wird, diese Schäden

aufzuarbeiten und zu beseitigen.
Bisherige Schätzungen liegen bei etwa 50.000 €.
Die letzten Tage zeigen jedoch deutlich, dass diese Schätzung nur vorläufig sein kann, da täglich neue Schäden durch umgestürzte, durch den Sturm angeschobene Bäume und jetzt bei geringem erneuten Winddruck fallende Bäume gemeldet werden.
Es wird versucht, die Kosten zunächst über das laufende Budget abzufangen, bei weiteren Schadensfällen muss jedoch eine überplanmäßige Ausgabe beantragt werden.

Der Kostenaufwand für Schäden an städtischen Gebäuden beträgt ca. 20.000,00 €.

zu 4.9 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Thorsten Büchner (Nr. 9 06/2010)
Vorlage: VO/1318/2010

Welche Korrekturmaßnahmen sind erforderlich, um für Kanuten eine sichere Durchfahrt am Afföller Wehr zu gewährleisten?
Welche Maßnahmen wurden seitens des Bauamtes ergriffen und wann werden diese abgeschlossen sein?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Die Probleme der Kanuten entstehen durch die 90° Kurve, die die Lahn am Afföller Wehr vollzieht. Weder die Wasserströmung, noch die Bootsbewegung sind beim Einfahren in den Fisch-Kanu-Pass (FKP) gerichtet. Je nachdem wie viel „Drall" am Anfang des FKP noch im Boot herrscht und wie schnell der Kanut hier gegensteuert, neigt das Boot dazu, auszubrechen. Dies betrifft vor allem Sportboote, die keine Längsführung im Boot (Geradeauslauf) haben.

Geplante Maßnahmen:

Verbesserung der Längsführung der seitlichen Schwimmbalken durch Ausschäumen aller Hohlräume. Hier liegt nach Ansicht des FD 66 ein Ausführungsmangel vor. Die Verhandlungen mit der Baufirma laufen.

Beseitigung der Verletzungsgefahr an den Stahlstangen durch Aufsetzen von Kunststoffkappen und Fixierung mit Schrumpfkappen.
Das Material ist bereits gekauft und liegt griffbereit vor.
Ausführung beim Wiedereinbau der Schwimmstangen.

Anmerkung:
die Stahlstangen wurden erst auf Wunsch der Kanuten nach einer seitlichen Führung, die wechselnden Wasserständen folgt, erforderlich.

Verbesserung der Längsführung am Anfang des FKP durch Absenken der mittleren Borstenelemente um ca. 5 cm. Dadurch entsteht eine bessere Längsführung der Boote durch die Oberflächenströmung.
Ausführung beim Wiedereinbau der Schwimmstangen.

Ob die Maßnahem ausreichen, kann nicht vorhergesagt werden.

Zum Umsetzen der Maßnahmen muss die Lahn am Wehr abgesenkt werden. Dies geht nur bei niedrigem Abfluss. Das Absenken bewirkt, neben kleinen Lahnwasserständen oberhalb auch eine starke Reduzierung der Wassermengen im Mühlgrabensystem. Deshalb kann dies nicht während der Fischbrutzeit im Mühlgraben (etwa bis Ende Mai) durchgeführt werden.

Durch die vielen Betroffenen ist eine entsprechende Vorbereitung erforderlich. Die Absenkung muss zudem mit einer geplanten privaten Mauersanierung im Mühlgraben koordiniert werden, um ein zweites Absenken zu umgehen. Mitte August sollten die Maßnahmen abgeschlossen sein.

---

zu 4.10 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Anni Röhrkohl (Nr. 10 06/2010) Vorlage: VO/1320/2010

Ist es beabsichtigt, in der Stadt Marburg ein Krematorium zu errichten?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Es liegt eine Bauvoranfrage zum Bau eines Krematoriums durch private Interessenten vor, die jedoch noch nicht abschließend entschieden ist. Geplant ist der Bau im Bereich der Erweiterungsfläche Friedhof am Oberen Rotenberg. Ob es zu einem Bauantrag oder der Realisierung des Vorhabens kommt, ist nicht bekannt.

Die Ortsbeiräte Ockershausen und Marbach haben sich zu der Bauvoranfrage skeptisch geäußert.
Wir bereiten derzeit eine Vorlage an Magistrat und STVV vor, in dem wir den Stand der Überlegung an einem Krematorium darstellen werden.

Eine Zusatzfrage der Stadtverordneten Röhrkohl (CDU) wird ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

---

zu 4.11 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Anni Röhrkohl (Nr. 11 06/2010) Vorlage: VO/1319/2010

Wann wird die durch einen der letzten Stürme herabgefallene Tafel in der Ruine der Deutschordens-Kapelle wieder aufgerichtet?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Der Magistrat ist dankbar für Ihre Aufmerksamkeit, Frau Röhrkohl. Die Ruine der Deutschordens-Kapelle fällt in die Kompetenz der Philipps-Universität. Seitens der MTM wurde per Mail Kontakt mit der Universitäts-Bauunterhaltung aufgenommen und auf diesen Mangel hingewiesen. Ein telefonischer Kontakt mit

dem zuständigen Sachbearbeiter Herrn Nispel ergab, dass die Abteilung Bauwesen in Zusammenarbeit mit der Abteilung Denkmalpflege Hessen bereits die beschädigte Tafel gesichert hat und diese in Verbindung mit der Behebung weiterer Bauschäden im Laufe der nächsten Wochen wieder anbringen wird.

---

zu 4.12 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Ulrich Severin (Nr. 12 06/2010) Vorlage: VO/1321/2010

Wann und wo wurden im Stadtteil Waldtal mit welchem Ergebnis zuletzt Geschwindigkeitsmessungen durchgeführt?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Aus dem Stadtteil Waldtal liegen keine Erkenntnisse oder Hinweise auf Geschwindigkeitsüberschreitungen bzw. Unfallschwerpunkte vor. Demzufolge wurden dort bisher keine Geschwindigkeitsmessungen durchgeführt.

---

zu 4.13 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Ulrich Severin (Nr. 13 06/2010) Vorlage: VO/1314/2010

Wann ist mit der Vorlage des Kindertagesbetreuungs-Entwicklungsplans zu rechnen und warum dauert dessen Erstellung nun schon mehrere Monate?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Der Auftrag zur Erstellung des Plans wurde in der Stadtverordnetenversammlung am 26. März beschlossen, eine terminliche Festlegung enthielt der Beschluss nicht. Der Bericht wird voraussichtlich nach der Sommerpause am 9. September im Jugendhilfeausschuss vorgelegt. Zwar liegt eine Vielzahl der Planungs- und Datengrundlagen im FD Kinderbetreuung sowie bei der Jugendhilfeplanung vor, deren systematische Zusammenstellung zu einer Planungsvorlage dennoch einen nicht zu unterschätzenden zeitlichen Aufwand erfordert.

---

zu 5 Investitionsprogramm für die Haushaltsjahre 2009 bis 2013, Haushaltssatzung und Stellenplan der Universitätsstadt Marburg für die Haushaltsjahre 2010 und 2011 – 2. Lesung und Beschlussfassung - Vorlage: VO/1308/2010

Gleichzeitig wird aufgerufen der Tagesordnungspunkt 11.3 Antrag

der Marburger Linken betr. Erhöhung des Gewerbesteuersatzes.

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Der Haupt- und Finanzausschuss hat den Haushalt ausführlich beraten und empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich die Zustimmung.

Für die heutige Beschlussfassung liegen allen Stadtverordneten folgende Unterlagen vor:

1. Liste der beantragten Einzelabstimmungen
2. Liste 1 - Anträge zum Doppelhaushalt 2010/2011 die vom Haupt- und Finanzausschuss zur Annahme empfohlen wurden
3. Liste 2 - Anträge zum Doppelhaushalt 2010/2011 die vom Haupt- und Finanzausschuss zur Ablehnung empfohlen wurden
4. Übersicht Investitionsprogramm von 2009 bis 2013
5. Beschlussvorlage Investitionsprogramm der Universitätsstadt Marburg für die Haushaltsjahre 2009 bis 2013, Stellenplan der Universitätsstadt Marburg und Haushaltssatzung für die Haushaltsjahre 2010/2011

Hinsichtlich der Redezeiten für die Haushaltsberatung haben sich die Fraktionen an der bisherigen Verfahrensweise orientiert. Wie der Stadtverordnetenvorsteher ausführt stehen folgende Redezeiten zur Verfügung:

SPD	**45 Minuten**
CDU	**44 Minuten**
Bündnis 90/Die Grünen	**30 Minuten**
Marburger Linke	**23 Minuten**
FDP	**20 Minuten**
MBL	**18 Minuten**

Nunmehr eröffnet der Stadtverordnetenvorsteher die Aussprache.

Im Rahmen der Haushaltsdebatte sprechen die Stadtverordneten Acker (SPD), Stompfe (CDU), Göttling (Bündnis 90/Die Grünen), Prof. Dr. Fülberth (Marburger Linke), Schwebel (FDP) und Uchtmann (MBL).

Nach der ersten Redner/innen Runde unterbricht der Stadtverordnetenvorsteher die Stadtverordnetenversammlung zum Zwecke einer Pause von 18:12 bis 18:28 Uhr.

Nach Fortsetzung sprechen die Stadtverordneten Severin (SPD), Gottschlich (CDU), Dr. Perabo (Bündnis 90/Die Grünen), Prof. Dr. Fülberth (Marburger Linke), Weidemann (SPD), von Ploetz (CDU), Prof. Dr. Fülberth (Marburger Linke), Becker (SPD), Dinnebier (SPD), Stompfe (CDU), Dr. Therre-Staal (Bündnis 90/Die Grünen), Prof. Dr. Fülberth (Marburger Linke), Pfalz (CDU) und Dr. Uchtmann (MBL). Für den Magistrat spricht Oberbürgermeister Vaupel.

Nach der Aussprache beantragt der Stadtverordnete Hussein (SPD) eine Bandabschrift des Wortbeitrages des Stadtverordneten von Ploetz (CDU) und der Stadtverordnete Kissel (CDU) beantragt eine Bandabschrift der Rede des Stadtverordneten Becker (SPD).

Nach Beendigung der Aussprache folgen die einzelnen Beschlüsse. Zunächst ruft der Stadtverordnetenvorsteher die Liste der beantragten **Einzelabstimmungen** zu Abstimmung auf.

Einzelabstimmung der Anträge der MBL zum Haushalt 2010

Planungskosten für West-Umgebung + 50.000,00 €

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen von CDU und MBL, Nein-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Marburger Linken und bei Enthaltungen der FDP folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Allgemeine Sportförderung + 60.000,00 €

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen von CDU und MBL, Nein-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und bei Enthaltung der Marburger Linken und der FDP Fraktion folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Studier-Mal-Marburg - 79.000,00 €

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der MBL und Nein-Stimmen der übrigen Fraktionen des Hauses folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Machbarkeits-/ u. Wirtschaftlichkeitsstudie Seilbahn + 50.000,00 €

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen von MBL und einer Stimme aus der FDP, Nein-Stimmen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen und CDU sowie bei Enthaltung der Marburger Linken folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Sicherheit in Marburg + 80.000,00 €

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der MBL Fraktion, Nein-Stimmen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Marburger Linken sowie bei Enthaltungen der FDP Fraktion folgenden Beschluss

Der Antrag wird abgelehnt.

Straße Bauerbach / Klinikum
Randstreifenbefestigung + 50.000,00 €

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen von CDU, MBL, FDP und Marburger Linken und einer Ja-Stimme der SPD, bei Nein-Stimmen der SPD Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen folgenden Beschluss:

Der Antrag wird angenommen.

Wehrda, neue Verkehrsführung
Planungskosten + 50.000,00 €

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der MBL und Nein-Stimmen der übrigen Stadtverordneten folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Grüne Schule
Botanischer Garten
Allgemeiner Zuschuss + 5.000,00 €

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der MBL, CDU, FDP und Marburger Linken, sowie bei Nein-Stimmen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Förderverein Botanischer Garten
Allgemeiner Zuschuss + 1.000,00 €

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen von MBL, CDU, FDP und Marburger Linken, bei Nein-Stimmen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Externe Unterstützung zur Befragung im
Rahmen der Altenplanung + 30.000,00 €

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen von CDU, MBL, FDP und Marburger Linken und Nein-Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

1000 Bäume in der Innenstadt - 100.000,00 €

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen von CDU, MBL und FDP und Nein-Stimmen der übrigen Fraktionen folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Planungskosten Nordstadt + 30.000,00 €

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen von CDU, MBL und Marburger Linken, Nein-Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen und bei Enthaltung der FDP Fraktion folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Einzelabstimmung der Anträge der FDP zum Haushalt 2010

Unterkunft für wohnungslose Frauen + 130.000,00 €

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen von FDP und Marburger Linken, Nein-Stimmen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und bei Enthaltung der CDU und der MBL folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Alter Botanischer Garten + 20.000,00 €

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen von CDU, FDP, MBL und Marburger Linken und bei Nein-Stimmen der Fraktion von SPD und Bündnis 90/Die Grünen folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

NLG
(Neue liter. Gesellschaft) 7.700, 00 € (+ 1.200,00 €)

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen von CDU, FDP und MBL, Nein-Stimmen von der SPD und Bündnis 90/Die Grünen und bei Enthaltung der Fraktion Marburger Linke folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Therapeutisches Reiten 4.000,00 € (+ 1.000,00 €)

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen von CDU, FDP und MBL, Nein-Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen und bei Enthaltung der Fraktion Marburger Linke folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Umbau Sportplatz Zwetschenweg (Produkt 420 001.0)	anstelle Verpflichtungsermächtigung Übernahme von 630.000,00 € in den Haushalt

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen von CDU, FDP, MBL, Marburger Linke und einer Stimme aus der SPD Fraktion, bei Enthaltung der übrigen Stadtverordneten der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen folgenden Beschluss:

Der Antrag wird angenommen.

Einzelabstimmung der Anträge der Marburger Linke zum Haushalt 2010/2011

Ergebnishaushalt Einnahmen 2010

Gewerbesteuer 88.000.000,00 €

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der Fraktion Marburger Linke und Nein-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU, FDP und MBL folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Tourismusabgabe 592.000,00 €

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der Fraktion Marburger Linke und Nein-Stimmen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU, FDP und bei Enthaltung der MBL Fraktion folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Entgelt Kindertagesstätten
Kindertagesbetreuung 0,00 €

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der Fraktion Marburger Linke, Nein-Stimmen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen und bei Enthaltungen der CDU, FDP und MBL folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Ergebnishaushalt Ausgaben 2010

Verfügungsmittel Ortsbeiräte 54.700,00 €

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der Fraktion Marburger Linke, CDU, FDP, MBL und einer Stimme aus der SPD-Fraktion, sowie bei Nein-Stimmen der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen folgenden Beschluss:

Der Antrag wird angenommen.

Zuschuss Marburger Altenhilfe
Sonstige Erstattungen an verbundene Unternehmen 500.180,00 €

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der Fraktion Marburger Linke und Nein-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, sowie bei Enthaltungen der CDU, FDP und MBL folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Gewerbesteuerumlage 14.530.233,00 €

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der Fraktion Marburger Linke und Nein-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU, FDP und MBL folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Ideenwettbewerb Stadtautobahn
sonstige Sachkosten 140.000,00 €

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der Fraktion Marburger und Nein-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und bei Enthaltungen von CDU, FDP und MBL folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Streetworker und Projekt Rechenkraft
Entgelte für Beschäftigte 741.030,00 €
Arbeitgeberanteil Sozialversicherung 133.007,00 €

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der Fraktion Marburger Linke und Nein-Stimmen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen CDU und MBL, sowie bei Enthaltung der FDP Fraktion folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Kindergartengebühren
Zuschüsse an Tageseinrichtungen freier Träger 9.093.550,00 €

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der Fraktion Marburger Linke und Nein-Stimmen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, sowie bei Enthaltungen von CDU, FDP und MBL folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Sozialplaner
Entgelte für Beschäftigte 387.390,00 €

Soziale Dienstleistungen
Arbeitgeberanteil Sozialversicherung 77.478,00 €

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der Marburger Linken, CDU, FDP, MBL und einer Ja-Stimme aus der SPD Fraktion und bei Nein-Stimmen der übrigen Stadtverordneten der SPD und Bündnis 90/Die Grünen folgenden Beschluss:

Der Antrag wird angenommen.

Stadtpass
Zuschuss Stadtpass 760.000,00 €

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der Fraktion Marburger Linke und Nein-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und CDU, sowie bei Enthaltung der FDP und MBL Fraktion folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Keine Arbeitsgelegenheiten mit
Mehraufwandsentschädigung unterstützen 500.000,00 €

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der Marburger Linken, und Nein-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und MBL und bei Enthaltung der CDU Fraktion folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Anschließend erkundigt sich der Stadtverordnetenvorsteher bei der Fraktion Marburger Linke, ob diese Abstimmungen für den Haushalt 2010 entsprechend auch für den Haushalt 2011 gelten.

Der Stadtverordnete Prof. Dr. Fülberth (Marburger Linke) stellt den Geschäftsordnungsantrag, die Stadtverordnetenversammlung möge dies so beschließen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die soeben beschlossenen Einzelabstimmungen der Anträge der Fraktion Marburger Linke zum Haushaltsentwurf 2010 sollen sinngemäß auch für den Haushalt 2011 gelten.

Einzelabstimmung der Anträge der CDU zum Haushalt 2010/2011

Überregionales Stadtmarketingkonzept + 25.000,00 €

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der CDU und MBL Fraktionen, sowie Nein-Stimmen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Marburger Linken und bei Enthaltung der FDP Fraktion folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

für Sportvereine und Schule + 50.000,00 €

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der CDU, Marburger Linken, FDP und MBL und bei Nein-Stimmen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Planungskosten 4-Felder-Halle + 50-m-Becken + 50.000,00 €

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der CDU Fraktion, Nein-Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen und bei Enthaltungen von FDP, Marburger Linken und MBL folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

4-Felder-Halle + 50-m-Becken + 250.000,00 €

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der CDU Fraktion, Nein-Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen und bei Enthaltungen von FDP, Marburger Linken und MBL folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Verpflichtungsermächtigung 4-Felder-Halle
+ 50-m-Becken + 2.250.000,00 €

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der CDU Fraktion, Nein-Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen und bei Enthaltungen von FDP,

Marburger Linken und MBL folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Planungskosten Sporthalle Michelbach + 50.000,00 €

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der CDU, Marburger Linke, FDP, MBL und einer Ja-Stimme aus der SPD Fraktion, sowie Nein-Stimmen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen Fraktionen folgenden Beschluss:

Der Antrag wird angenommen.

Sporthalle Michelbach + 250.000,00 €

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der CDU, Marburger Linke, FDP, MBL und einer Ja-Stimme aus der SPD Fraktion, sowie Nein-Stimmen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen Fraktionen folgenden Beschluss:

Der Antrag wird angenommen.

1/2 Stelle Ausbau vernetzte Kinderbetreuung
(Vernetzung Betreuung 0-6/Grundschule) + 25.000,00 €

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der CDU und Marburger Linke, Nein-Stimmen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen und bei Enthaltungen der FDP und MBL folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Musikschule für Modellprojekt
"Jeden Kind ein Instrument" 2 Klassen + 4.000,00 €

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der CDU und Marburger Linke, Nein-Stimmen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen und bei Enthaltungen der FDP und MBL folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

100 € mehr für jeden Gesangsverein + 2.300,00 €

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der CDU, MBL und FDP, Nein-Stimmen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen und bei Enthaltung der Fraktion Marburger Linke folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

für Sicherheitsdienste + 30.000,00 €

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der CDU und MBL, Nein-Stimmen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Marburger Linken, sowie bei Enthaltung der FDP Fraktion folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

für Nachwuchswerbekampagne Feuerwehr + 20.000,00 €

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen von CDU, Marburger Linken, FDP und MBL und bei Nein-Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Qualitätsstandards U3-Betreuung: + 100.000,00 €
weitere Erzieherinnenstellen zur Verbesserung der Betreuungsquote

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen von CDU und Marburger Linken, Nein-Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen und bei Enthaltung von FDP und MBL folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Mindereinnahmen KiGa-Gebühren
(2. KiGaJahr gebührenfrei) - 150.000,00 €

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen von CDU, Marburger Linken, FDP und MBL und bei Nein-Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Zuweisung freie Träger für gebührenfreies
2. Kindergartenjahr + 225.000,00 €

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen von CDU, Marburger Linke, FDP, MBL und einer Ja-Stimme aus der SPD Fraktion, sowie bei Nein-Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen folgenden Beschluss:

Der Antrag wird angenommen.

Weiter-/Neuentwicklung
UB-Gelände/Wilh.-Röpke-Straße + 50.000,00 €

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen von CDU, Nein-Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen und bei Enthaltungen von FDP, Marburger Linken und MBL folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Flächen- und Gebäudemanagement + 6.000,00 €

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen von CDU, Nein-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, sowie Marburger Linken und bei Enthaltungen von FDP und MBL folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Abweichungsverfahren Windkraftstandorte

(aus HH-Ansatz streichen) - 10.000,00 €

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen von CDU, MBL und FDP und Nein-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Marburger Linken folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Weiterentwicklung Einkaufsflächen Bahnhofstr. + 20.000,00 €

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen der CDU Fraktion, Nein-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und bei Enthaltung von FDP, Marburger Linken und MBL folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Planung Innenstadtparkplatzkonzept + 15.000,00 €

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen von CDU und MBL, Nein-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Marburger Linken und bei Enthaltung der FDP Fraktion folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

bessere Erreichbarkeit, bessere Beschilderung
von Parkplätzen + 15.000,00 €

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen von CDU und Nein-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Marburger Linken, sowie bei Enthaltung der FDP und MBL folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Straßenunterhaltung & -reparaturen + 250.000,00 €

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen von CDU, Marburger Linke, MBL und FDP und Nein-Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Planung Umgestaltung Wilhelmsplatz
(Kreisverkehr) + 50.000,00 €

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen von CDU, Marburger Linke, MBL und FDP und Nein-Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Einzelabstimmung der Anträge der SPD und Bündnis 90/Die Grünen zum Haushalt 2010/2011

Ergebnishaushalt

Förderung Sport: Zuschüsse Förd. Sport Ansatz 2010: - 5.000,00 €
Ansatz 2011: + 6.000,00 €

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Marburger Linken, sowie bei Enthaltungen von FDP und MBL folgenden Beschluss:

Der Antrag wird angenommen.

Kulturförderung: Zuschüsse für Theater,
hier: Theater Gegenstand + 1.000,00 €

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Enthaltung von FDP und MBL mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

Der Antrag wird angenommen.

Kulturförderung: Zuschüsse für Theater,
hier: Theaterwerkstatt + 2.000,00 €

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Enthaltung von FDP und MBL mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

Der Antrag wird angenommen.

Kulturförderung: Zuschüsse für Theater,
hier: Waggonhalle + 6.000,00 €

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Enthaltung von FDP und MBL mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

Der Antrag wird angenommen.

Kulturförderung: Zuschüsse Konzerte und Musikpflege,
hier: Cafe Trauma + 4.500,00 €

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Enthaltung von FDP und MBL mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

Der Antrag wird angenommen.

Kulturförderung: Zuschüsse Konzerte und Musikpflege,
hier: KFZ + 7.000,00 €

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Enthaltung von FDP und MBL mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

Der Antrag wird angenommen.

Förderung Träger freie Wohlfahrt: Zuschüsse an Freie Träger,
hier: Blaues Kreuz + 1.000,00 €

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Enthaltung von FDP und MBL mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

Der Antrag wird angenommen.

Förderung Träger freie Wohlfahrt: Zuschüsse an Freie Träger,
hier: Sozialdienst katholischer Frauen Ansatz 2011: + 1.575,00 €

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und CDU, Nein-Stimmen der Fraktion Marburger Linke und Enthaltung von FDP und MBL folgenden Beschluss:

Der Antrag wird angenommen.

"Förderung Sozialverträglichen Wohnens für Studierende,
Auszubildende, Generationenübergreifendes Wohnen,
Barrierefreies Wohnen" Ansatz 2010: + 10.000,00 €

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Enthaltung von FDP und MBL mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

Der Antrag wird angenommen.

Freie Träger / Soziale Stadt:
DKSB Kinder- Jugendtelefon + 4.000,00 €

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Enthaltung von FDP und MBL mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

Der Antrag wird angenommen.

Freie Träger / Soziale Stadt:
Blaues Kreuz Drachenherz Ansatz 2010: + 3.000,00 €
Ansatz 2011: + 6.000,00 €

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Enthaltung von FDP und MBL mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

Der Antrag wird angenommen.

Umwelt und Altlasten:
Sonstige Zuweisungen und Zuschüsse Ansatz 2010: + 20.000,00 €
Ansatz 2011: + 1.000,00 €

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Antrag wird angenommen.

Abstimmung über die Liste II der vom Haupt- und Finanzausschuss zur Ablehnung empfohlenen Anträge

Hierzu wird aus dem Hause gewünscht, dass die zur Ablehnung empfohlenen Anträge der Fraktionen **fraktionsweise** abgestimmt werden.

Die vom Haupt- und Finanzausschuss zur Ablehnung empfohlenen Anträge der MBL Fraktion wurden bereits alle im Rahmen der Einzelabstimmungen abgestimmt.

Abstimmung über die vom Haupt- und Finanzausschuss zur Ablehnung empfohlenen Anträge der FDP Fraktion

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der FDP, CDU und MBL, sowie bei Nein-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Marburger Linken folgenden Beschluss:

Die vom Haupt- und Finanzausschuss zur Ablehnung empfohlenen Anträge der FDP Fraktion werden abgelehnt.

Abstimmung über die vom Haupt- und Finanzausschuss zur Ablehnung empfohlenen Anträge der Fraktion Marburger Linke

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der Marburger Linken und Nein-Stimmen der übrigen Fraktionen folgenden Beschluss:

Die vom Haupt- und Finanzausschuss zur Ablehnung empfohlenen Anträge der Fraktion Marburger Linke werden abgelehnt.

Abstimmung über die vom Haupt- und Finanzausschuss zur Ablehnung empfohlenen Anträge der CDU Fraktion

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen von CDU und MBL, Nein-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Marburger Linken und bei Enthaltung der FDP Fraktion folgenden Beschluss:

Die vom Haupt- und Finanzausschuss zur Ablehnung empfohlenen Anträge der CDU Fraktion werden abgelehnt.

Abstimmung über die Liste I der vom Haupt- und Finanzausschuss zur Annahme empfohlenen Anträge

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen und bei Nein-Stimmen von CDU, Marburger Linken, FDP und MBL folgenden Beschluss:

Die vom Haupt- und Finanzausschuss zur Annahme empfohlenen Anträge zum Doppelhaushalt 2010/2011 werden angenommen.

Abstimmung über die Gesamtvorlage zum Investitionsprogramm der Universitätsstadt Marburg für die Haushaltsjahre 2009 bis 2013, Haushaltssatzung und Stellenplan der Universitätsstadt Marburg für die Haushaltsjahre 2010 und 2011

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt über die Ziffern I bis III der Vorlage getrennt abstimmen. **Die Beschlussfassung hierzu erfolgt nach Maßgabe der zuvor gefassten einzelnen Beschlüsse.**

Zu I:
Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen und bei Nein-Stimmen der übrigen Fraktionen folgenden Beschluss:

I. gemäß §§ 114 d, 97 Abs. 3 in Verbindung mit § 114 b Abs. 3 und § 114h Abs. 3 der Hess. Gemeindeordnung (HGO) in der Fassung vom 1. April 2005 (GVBl. 2005 I S. 142 ff.) wird das vorgelegte Investitionsprogramm der Universitätsstadt Marburg für den Planungszeitraum 2009 bis 2013 mit einem Volumen von 227.783.000 € beschlossen.

Zu II:
Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und CDU und bei Nein-Stimmen der Fraktion Marburger Linke, sowie bei Enthaltungen von FDP und MBL folgenden Beschluss:

II. der Stellenplan der Universitätsstadt Marburg für die allgemeine Verwaltung wird auf 99,720 Beamten- und 703,401 Beschäftigtenstellen nach TVöD festgesetzt.

Zu III
Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen, sowie bei Nein-Stimmen der übrigen Fraktionen folgenden Beschluss:

III. aufgrund der §§ 114a ff. HGO wird folgende Haushaltssatzung der Universitätsstadt Marburg für die Haushaltsjahre 2010 und 2011 beschlossen:

Haushaltssatzung
der Universitätsstadt Marburg
für die Haushaltsjahre
2 0 1 0 und 2 0 1 1

Aufgrund der §§ 114a ff. der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) in der

Fassung der Bekanntmachung vom 07. März 2005 (GVBl. I S. 142), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. März 2010 (GVBl. I S. 119), hat die Stadtverordnetenversammlung am 25. Juni 2010 folgende Haushaltssatzung beschlossen:

§ 1

Der Haushaltsplan wird für die Haushaltsjahre

2010	**2011**
im Ergebnishaushalt	
im ordentlichen Ergebnis	
mit dem Gesamtbetrag der Erträge auf	
169.669.000 €	161.881.000 €
mit dem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	
169.333.000 €	169.865.000 €
im außerordentlichen Ergebnis	
mit dem Gesamtbetrag der Erträge auf	
0 €	0 €
mit dem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	
0 €	0 €
mit einem + Überschuss / - Fehlbedarf von	
+ 336.000 €	- 7.984.000 €
im Finanzhaushalt	
mit dem Saldo aus den Einzahlungen und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	
- 4.638.250 €	- 4.011.690 €
und dem Gesamtbetrag der	
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit auf	
22.872.000 €	10.418.000 €
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	
57.503.000 €	30.071.000 €
Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	
14.646.000 €	19.653.000 €
Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	
3.307.000 €	3.286.000 €
mit einem Finanzmittelfehlbedarf von	
27.930.250 €	7.297.690 €

festgesetzt.

§ 2

	2010	**2011**
Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme in den Haushaltsjahren 2010 und 2011 zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen erforderlich ist, wird auf	14.646.000 €	19.653.000 €

festgesetzt.

Darin sind Kredite aus dem Hessischen Investitions-
fonds

Abteilung A	1.000.000 €	0 €
Abteilung B	2.275.000 €	1.901.000 €
Abteilung C	800.000 €	0 €

enthalten.

Der Gesamtbetrag der Kredite aus dem Hessischen Investitionsfonds, über die in den Haushaltsjahren Verträge abgeschlossen werden sollen und die in künftigen Haushaltsjahren zur Auszahlung anstehen, wird auf

	2.300.000 €	3.000.000 €

festgesetzt.

Diese Investitionsfondskredite verteilen sich wie folgt:

2010	800.000 €	0 €
2011	0 €	0 €
2012	0 €	0 €
2013	0 €	1.000.000 €
2014	1.500.000 €	1.000.000 €
2015	0 €	1.000.000 €

§ 3

Der Gesamtbetrag von Verpflichtungsermächtigungen in den Haushaltsjahren 2010 und 2011 zur Leistung von Auszahlungen in künftigen Jahren für

Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen wird auf

	17.394.000 €	18.190.000 €

festgesetzt.

§ 4

Der Höchstbetrag der Kassenkredite, die in den Haushaltsjahren 2010 und 2011 zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf

	15.000.000 €	15.000.000 €

festgesetzt.

§ 5

Die Steuersätze für die Gemeindesteuern werden für die Haushaltsjahre 2010 und 2011 wie folgt festgesetzt:

		2010	**2011**
1.	Grundsteuer		
	a) für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) auf	280 v. H.	280 v. H.
	b) für die Grundstücke (Grundsteuer B) auf	330 v. H.	330 v. H.
2.	Gewerbesteuer auf	370 v. H.	370 v. H.

§ 6

Es gilt der von der Stadtverordnetenversammlung als Teil des Haushaltsplans beschlossene Stellenplan.

§ 7

Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen

Gemäß § 114g Abs. 1 Satz 2 HGO wird dem Haupt- und Finanzausschuss die Zuständigkeit für die Genehmigung von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen in folgenden Fällen übertragen:

Haushaltsteil	Überschreitung des Haushaltsansatzes ab	und/oder absoluter Betrag ab
Ergebnishaushalt/Finanz-haushalt (konsumtiv)	20 %	10.000 €
Finanzhaushalt Investitionen	10 %	100.000 €

Von den genehmigten Haushaltsüberschreitungen ist der Stadtverordnetenversammlung gemäß § 114g Abs. 1 HGO Kenntnis zu geben.

§ 8

Sperren

Die Haushaltsmittel des Ergebnishaushalts 2011 sind zu 5 % gesperrt.

Die Freigabe erfolgt durch den Magistrat.

Die Haushaltsmittel des Finanzhaushaltes für Investitionen - Haushaltsansätze, Haushaltsreste und Verpflichtungsermächtigungen - sind in vollem Umfange gesperrt.

Die Freigabe erfolgt durch den Magistrat.

Übersteigt der Betrag für ein neues Projekt 500.000 €, ist die Zustimmung des Haupt- und Finanzausschusses einzuholen.

Die bisher erteilten Freigaben aus den Vorjahren behalten ihre Gültigkeit.

§ 9

Besondere Bestimmungen zum Stellenplan

Die Besetzung von neuen bzw. frei werdenden Stellen wird gesperrt.

Eine Freigabe erfolgt durch den Haupt- und Finanzausschuss nach Darlegung der Notwendigkeit der (Wieder-) Besetzung.

Die bereits getroffenen Personalentscheidungen behalten ihre Gültigkeit.

zu 6 Besetzung des Ortsgerichts Marburg VI (Wehrda)
Vorlage: VO/1259/2010

Für den Wahlvorbereitungsausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Kolter (Marburger Linke). Der Wahlvorbereitungsausschuss hat in seiner heutigen Sitzung die Vorlage beraten. Im Wahlvorbereitungsausschuss lag nur der Bewerbervorschlag des Ortsbeirates Wehrda vor, der auch schon in der Vorlage des Magistrats aufgeführt ist. Es wird vorgeschlagen Herrn Saaid Behnam, geb. 17.08.1955, wh. Waldweg 17, 35041 Marburg zum Ortsgerichtsschöffen und zugleich Stellvertreter des Ortsgerichtsvorstehers des Ortsgerichtes Marburg VI (Wehrda) zu wählen. Weitere Vorschläge wurden im Wahlvorbereitungsausschuss nicht vorgetragen. Eine geheime Wahl wurde im Wahlvorbereitungsausschuss nicht beantragt.

Der Wahlvorbereitungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung daher einstimmig, den vorgeschlagenen Bewerber zu wählen.

Auch in der Stadtverordnetenversammlung wird eine geheime Wahl nicht beantragt. Die Stadtverordnentenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Herr Saaid Behnam, geb. 17.08.1955, wh. Waldweg 17, 35041 Marburg wird zum Ortsgerichtsschöffen und zugleich Stellvertreter des Ortsgerichtsvorstehers des Ortsgerichtes Marburg VI (Wehrda) mit mehr als der Hälfte der Stimmen der gesetzlichen Zahl der Stadtverordneten gewählt.

---

zu 7 Festlegung des Wahltages der Wahl des Oberbürgermeisters / der Oberbürgermeisterin
Vorlage: VO/1266/2010

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der stellvertretende Vorsitzende Stadtverordneter Acker (SPD). Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die Wahl des Oberbürgermeisters / der Oberbürgermeisterin der Universitätsstadt Marburg findet zusammen mit der Kommunalwahl am 27. März 2011 statt. Eine evtl. notwendige Stichwahl wird auf den 10. April 2011 festgesetzt.

---

zu 8 Bestellung des Leiters des Prüfungsamtes Vorlage: VO/1277/2010

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der stellvertretende Vorsitzende Stadtverordneter Acker (SPD). Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Bestellung des Oberamtsrates Heinrich Fehlinger zum Leiter des Prüfungsamtes wird gemäß §§ 51 Ziffer 16 und 130 Abs. 3 Satz 1 der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) zugestimmt.

---

zu 9 Dringlichkeitsanträge

Es wurden keine Vorlagen in die Tagesordnung aufgenommen.

---

zu 10 Anträge des Kinder- und Jugendparlaments

---

zu 10.1 Antrag des Kinder- und Jugendparlaments betr. Errichtung eines Fußgängerwarnlichts an der Ampelanlage Bunsenstraße - Ecke Deutschhausstraße Vorlage: VO/1213/2010

Die Vorlage wurde im Umweltausschuss am 15.06. beraten. Der Stadtverordnetenvorsteher berichtet anhand der Niederschrift des Umweltausschusses. Der Ausschuss hat den Antrag auf folgenden Beschlusstext abgeändert:

Der Magistrat wird gebeten zu prüfen, ob an der Ampelanlage Bunsenstraße / Ecke Deutschhausstraße ein Fußgängerwarnlicht installiert werden oder auf andere Weise die Verkehrssicherheit erhöht werden kann.

In dieser Fassung empfiehlt der Umweltausschuss die Zustimmung.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt über diesen Prüfantrag in der vorgetragenen Fassung abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten zu prüfen, ob an der Ampelanlage Bunsenstraße / Ecke Deutschhausstraße ein Fußgängerwarnlicht installiert werden oder auf andere Weise die Verkehrssicherheit erhöht werden kann.

---

zu 10.2 Antrag des Kinder- und Jugendparlaments betr. Umstellung der Schulbusse Vorlage: VO/1214/2010

Auch diese Vorlage ist im Umweltausschuss beraten worden. Es berichtet der Stadtverordnetenvorsteher anhand der Niederschrift.

Der Antrag hat im Umweltausschuss folgenden geänderten Beschlusstext erhalten:

Der Magistrat wird gebeten, über die Stadtwerke Marburg Consult eine Prüfung zu veranlassen, ob eine Umstellung der Schulbusse (Linien 5, 14, 15) nachmittags (Stadthalle ca. 16:45 Uhr) um entweder ca. 20 Minuten (für eine bessere Anbindung der Martin-Luther-Schule sowie der Friedrich-Ebert-Schule)

oder um etwa 30 Minuten (für eine zudem bessere Anbindung der Elisabethschule, des Philippinums, der Theodor-Heuss-Schule sowie der Kaufmännischen Schulen) erfolgen kann.

Die Stadtwerke Marburg Consult sollen die Fahrzeiten der Schulbusse im Kinder- und Jugendparlament vorstellen.

In dieser Fassung empfiehlt der Umweltausschuss der Stadtverordnetenversammlung die Annahme des Antrages.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt über den geänderten Antragstext abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten, über die Stadtwerke Marburg Consult eine Prüfung zu veranlassen, ob eine Umstellung der Schulbusse (Linien 5, 14, 15) nachmittags (Stadthalle ca. 16:45 Uhr) um entweder ca. 20 Minuten (für

eine bessere Anbindung der Martin-Luther-Schule sowie der Friedrich-Ebert-Schule) oder um etwa 30 Minuten (für eine zudem bessere Anbindung der Elisabethschule, des Philippinums, der Theodor-Heuss-Schule sowie der Kaufmännischen Schulen) erfolgen kann.

Die Stadtwerke Marburg Consult sollen die Fahrzeiten der Schulbusse im Kinder- und Jugendparlament vorstellen.

---

zu 11 Anträge der Fraktionen

---

zu 11.1 Antrag der CDU-Fraktion betr. Module für Kinderbetreuung in Früh- und Spätstunden Vorlage: VO/0669/2009

Der Antrag ist im Sozialausschuss beraten worden. Es berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Perabo (Bündnis 90/Die Grünen). Der Sozialausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten zu prüfen, in welchem Umfang es möglich ist, Module in der Kindertagesbetreuung einzuführen für Eltern, die früh morgens bzw. bis abends arbeiten müssen. Gedacht ist an Angebote, die vor 7h morgens beginnen bzw. bis 20.30h abends offen sind.

---

zu 11.2 Antrag der CDU-Fraktion betr. Radwegeausbau Vorlage: VO/1055/2010

Der Antrag ist vom Umweltausschuss an den Radverkehrsbeirat überwiesen worden. Die Beschlussempfehlung des Radverkehrsbeirates liegt inzwischen vor und soll im Umweltausschuss August beraten werden.

Die Stadtverordnetenversammlung stellt den Antrag zurück bis zur Augustsitzung des Umweltausschusses.

---

zu 11.3 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Erhöhung des Gewerbesteuersatzes Vorlage: VO/1080/2010

Die Vorlage wurde bereits zusammen mit dem Haushalt 2010/2011 aufgerufen und beraten.

Der Haupt- und Finanzausschuss hat den Antrag in seiner Sitzung am 22. Juni beraten und empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich die Ablehnung des Antrages.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt über den Antrag abstimmen.

Die Stadtverordnentenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der Fraktion Marburger Linke und Nein-Stimmen der übrigen Stadtverordneten folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

zu 11.4 Antrag der CDU-Fraktion betr. Stärkung der Familien durch finanzielle Entlastung (gebührenfreies zweites Kindergartenjahr) Vorlage: VO/1108/2010

Die Vorlage ist vom Haupt- und Finanzausschuss zurückgestellt worden bis zur Augustsitzung.

Auch die Stadtverordnetenversammlung stellt den Antrag zurück bis August.

---

zu 11.5 Antrag der CDU-Fraktion betr. Niedrigerer Betreuungsschlüssel bei der Kinderbetreuung Vorlage: VO/1111/2010

Die Vorlage ist vom Haupt- und Finanzausschuss zurückgestellt worden bis zur Augustsitzung.

Auch die Stadtverordnetenversammlung stellt den Antrag zurück bis August.

---

zu 11.6 Antrag der CDU-Fraktion betr. Tennis-Leistungszentrum

Vorlage: VO/1145/2010

Der Antrag ist im Schul- und Kulturausschuss beraten worden. Der Stadtverordnetenvorsteher berichtet anhand der Niederschrift.

Der Schul- und Kulturausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung folgenden geänderten Antragstext zu beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert, die Planungen für ein Tennis-Leistungszentrum der Vereine TV 1965 Marburg e. V. und Marburger TC von 1912 e. V. in Marburg zu unterstützen.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt über diese Antragstext abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasste einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird aufgefordert, die Planungen für ein Tennis-Leistungszentrum der Vereine TV 1965 Marburg e. V. und Marburger TC von 1912 e. V. in Marburg zu unterstützen.

---

zu 11.7 Antrag der Fraktionen SPD/B90/Die Grünen betr. Aufstellungsbeschluss eines Bebauungsplanes Vorlage: VO/1215/2010

Der Antrag ist im Bau- und Planungsausschuss beraten worden. Es wurde Aussprache angemeldet. Vereinbarungsgemäß sollen die Anträge mit Aussprache in der Augustsitzung behandelt werden.

Die Stadtverordnetenversammlung stellt die Vorlage zurück bis zur Augustsitzung.

---

zu 11.8 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Gisonenweg 2 Vorlage: VO/1217/2010

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Im Bau- und Planungsausschuss ist der Antragstext auf folgende Fassung abgeändert worden:

Der Magistrat wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass das Haus

Gisonenweg 2 möglichst wieder mit Naturschiefer eingedeckt werden sollte.

Die antragstellende Fraktion hat diesen geänderten Antragstext übernommen.

Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu diesem geänderten Antrag.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt über die geänderte Antragsfassung abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass das Haus Gisonenweg 2 möglichst wieder mit Naturschiefer eingedeckt werden sollte.

---

zu 11.9 Antrag der Fraktionen B90/Die Grünen und SPD betr. Wohnraum für behinderte und benachteiligte Menschen in Marburg Vorlage: VO/1268/2010

Der Antrag ist im Sozialausschuss beraten worden. Es berichtet der Stadtverordnetenvorsteher anhand der Niederschrift. Im Sozialausschuss sind die Fraktionen CDU und Marburger Linke dem Antrag beigetreten. Über die Ziffern 1 und 2 der Vorlage wurde im Ausschuss getrennt abgestimmt. Die Ziffer 1 des Antrages wurde einstimmig zur Annahme empfohlen. Die Ziffer 2 wurde mehrheitlich zur Annahme empfohlen.

Auch der Bau- und Planungsausschuss hat sich mit dem Antrag befasst. Es berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung einstimmig die Annahme der Vorlage.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt wunschgemäß über die Ziffern 1 und 2 der Vorlage getrennt abstimmen.

<u>Beschlussfassung zu Ziffer 1:</u>

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt:

a) in Zusammenarbeit mit der städtischen Wohnungsbaugesellschaft und anderen gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften zu klären, wie der bestehende Bedarf an sog. Sozialwohnungen besser

befriedigt werden kann, und entsprechende Initiativen einzuleiten. Der Bedarf an den über das Wohnungsamt zu vermittelnden Wohnungen besteht bei Einzelpersonen, bei betreuten Wohngemeinschaften und bei Menschen mit Mobilitätsbeeinträchtigung (barrierefrei).

Abstimmung zu Ziffer 2:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei einer Enthaltung aus der CDU Fraktion mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt:

b) zur Lösung aktueller Notlagen in Absprache mit dem Kreisjobcenter dafür Sorge zu tragen, dass für einen klar benannten Personenkreis von behinderten und benachteiligten Menschen eine Überschreitung der Anhaltswerte zur Mietkostenübernahme möglich wird.

---

zu 12 Kenntnisnahmen

---

zu 12.1 Unterrichtung der Stadtverordnetenversammlung über den Stand der Budgets zum 31.03.2010 Vorlage: VO/1271/2010

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt von der beiliegenden Zusammenstellung der den Dezernaten zugeordneten Budgets Kenntnis.

zu 12.2 Zukunftsvertrag 2010 als Ergebnis des in der Universitätsstadt Marburg durchgeführten Kindergipfels 2010 Vorlage: VO/1224/2010

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt von dem beigefügten Zukunftsvertrag 2010 als Ergebnis des in der Universitätsstadt Marburg durchgeführten Kindergipfels 2010 Kenntnis.

---

zu 12.3 Übersicht über die Tätigkeiten des Beirats für Stadtgestaltung in

2009
Vorlage: VO/1222/2010

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Übersicht über die Arbeit des Gestaltungsbeirats im Jahr 2009, insbesondere hinsichtlich stadtbildprägender Projekte bzw. Bauvorhaben zur Kenntnis.

Paritätische Besetzung von Gremien
VO/1273/2010

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Vorlage des Magistrats, die mit der Einladung an alle Stadtverordneten versandt wurde, zur Kenntnis.

Internationaler Hilfsfonds
VO/1303/2010

Die Vorlage des Magistrat ist von Haupt- und Finanzausschuss am 22.06.2010 zur Kenntnis genommen worden.

Auch die Stadtverordnetenversammlung nimmt davon Kenntnis, dass im Produkt 009010 "Organisation und Dokumentation kommunaler Willensbildung" aus dem Konto 7128561 "Internationaler Hilfsfonds" ein Betrag von 5.000 € der Blinden- und Sehbehindertenschule in Krakau zur Verfügung gestellt werden. Auch der Ältestenrat hat in seiner Sitzung am 24. Juni die Vorlage zur Kenntnis genommen.

Damit ist die Tagesordnung abgehandelt. Der Stadtverordnetenvorsteher schließt die Sitzung um 21:05 Uhr.

Löwer
Stadtverordnetenvorsteher

Acker
Vorsitzender
der SPD-Fraktion

Stompfe
Vorsitzender
der CDU-Fraktion

Wagner
Protokoll und
Geschäftsstelle

Anlage
Dringlicher Antrag